

Protestaktionen laufen an: Die Apothekerschaft setzt sich zur Wehr

Die ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände setzt sich zur Wehr. Ihr politischer Fokus richtet sich gegen viel zu viel Bürokratie und mangelnde Wertschätzung seitens der Bundesregierung. Vorbereitet ist die Spitzenorganisation aller Apothekerinnen und Apotheker auf zahlreiche politische Protestaktionen. Bis in den Sommer hinein sollen diese Aktionen zunehmend heftiger werden. Ihre Mitgliedsorganisationen, alle Apothekerkammern und -verbände in Bund und Ländern, weiß sie hierbei vollends hinter sich. Sorgen will die ABDA dafür, dass die Bundesregierung und die Regierungsfractionen die Anregungen und Erfahrungen der Apothekerschaft endlich ernst nehmen.

„Gesundheit statt Bürokratie“, „Apotheken kaputtsparen? Mit uns nicht!“ sowie „Apotheken stärken. Jetzt.“: Das sind die drei plakativ-inhaltlichen Säulen, auf denen die ABDA-Aktionen der kommenden Monate beruhen.

Nur das Schlimmste verhindern reicht nicht

Zuallererst im Blickpunkt: Zuletzt hatten Apothekerinnen und Apotheker durch die sogenannte SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung die Möglichkeit, bei Lieferengpässen vergleichsweise unkompliziert Alternativen zu finden. Diese ermöglichen es den Apotheken, beim Einlösen eines Rezeptes ein vorräufiges Ersatzmedikament abzugeben, statt den Patienten oder die Patientin tagelang zu verträsten oder für ein neues Rezept zur Arztpraxis zurückzuschicken.

In nahezu letzter Sekunde hat die Bundesregierung diese patientengerechten Handlungsfreiheiten und Flexibilitäten der Apotheken in den Entwurf des Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetzes (ALBVG) aufgenommen.

Ein erster Schritt ist also getan – aber das genügt nicht!

Frühling 2023: Die Forderungen liegen auf dem Tisch

Die Apothekerschaft plant politische Protestaktionen, um die Gesundheitspolitik wachzurütteln. Mit vielen anhaltenden, sich stetig steigenden Aktionen wird der Unmut der Apothekerschaft gegenüber Politikerinnen und Politikern nachdrücklich zum Ausdruck gemacht. Apothekerinnen und Apotheker werden dies nicht nur in den Offizinen unter Beweis stellen, sondern auch in den Sozialen Medien und im öffentlichen Raum.

Sollte der Gesetzgeber nicht einlenken, werden die Apothekerinnen und Apotheker erst recht laut. Sie werden dann die durch unnötige Bürokratie hervorgerufenen Therapieverzögerungen hör- und spürbar machen.

Weg mit den Retaxationen

Ein wichtiges Thema, das die Apotheken Tag für Tag belastet, sind die sogenannten Retaxationsverfahren. Hierbei verweigert die Krankenkasse die Erstattung eines bereits durch die Apotheke an die Patientin oder den Patienten abgegebenen Arzneimittels.

Diese Weigerungen basieren oft auf Haarspalterei und stellen eine große finanzielle Belastung für die Apotheken dar.

Die Apotheken in Deutschland müssen endlich vor diesen unsinnigen und unfairen Verfahren geschützt werden! Darum fordert die ABDA eine Abschaffung der sogenannten Nullretaxationen und eine Reduzierung von Teilretaxationen auf ein sachlich gebotenes Maß.

Apotheken honorieren, Arzneimittelversorgung sichern

Erstens: Für das Management von Lieferengpässen sind mindestens sechs Stunden pro Woche pro Apotheke nötig. Bundesweit geht die ABDA von etwa 20 Millionen verordneten, aber nicht verfügbaren Arzneimitteln pro Jahr aus. Die Apotheken brauchen daher einen angemessenen Engpass-Ausgleich als Honorar für den personellen Mehraufwand.

Zweitens: Das Fixum, das zum Ausgleich der fixen Betriebskosten einer Apotheke eingeführt wurde, ist de facto seit 2004 nicht mehr nennenswert an die gesamtgesellschaftliche Preisentwicklung angepasst worden. Es muss nun auf 12 Euro angehoben werden, um den Betrieb und die Arzneimittelversorgung für die Zukunft zu sichern.

Drittens: Dieses Fixum muss durch einen regelhaften Mechanismus jährlich an die Kostenentwicklung angepasst werden, ohne dass es gesonderter Maßnahmen des Gesetz- oder Verordnungsgebers bedarf.

Sommer 2023: Es geht um alles

Die Geringschätzung der Apothekerinnen und Apotheker durch die Politik will die ABDA keinesfalls hinnehmen. Darüber hinaus will sie auch in den Fokus stellen, welche weiteren politischen Entscheidungen notwendig sind, um die im Koalitionsvertrag versprochene Stärkung der Vor-Ort-Apotheken endlich zu erreichen.

Die ABDA ist überzeugt davon, dass die Patientinnen und Patienten, für die die Apothekenteams in Deutschland rund um die Uhr im Einsatz sind, Verständnis für die politische Intervention haben. Die jüngsten Jahre haben den Bürgerinnen und Bürgern überdeutlich vor Augen geführt, wie wertvoll die Arbeit der Apotheken vor Ort ist.